

SCHWYZER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

FDP-Fraktionschef Sepp Marty mit der Motion zur Abschaffung des Erziehungsrats.



FDP fordert Abschaffung des Erziehungsrats

Liberaler bemängeln langsame Reaktionen und Intransparenz

Die FDP-Fraktion im Kanton Schwyz verlangt, dass der Erziehungsrat aufgehoben wird. Das Gremium sei ineffizient und reagiere zu langsam auf den Lehrpersonenmangel. Ausserdem kritisieren die Liberalen die mangelnde Transparenz. «Wir fordern einen Systemwechsel im Bildungswesen, damit der Kanton schneller und besser auf Herausforderungen reagieren kann», sagt Fraktionschef Sepp Marty, Unteriberg. «Die Motion soll die Bildungspolitik im Kanton zukunftsfähiger machen.»

Seite 6



FDP am Puls der Zeit

Bildungsdebatte, Wahlsiege,
politische Weichenstellungen

Inhalt dieser Ausgabe:

FDP Kanton Schwyz	3–7
Bildung	8–11
Libérale Gleichstellungspolitik	12–20
Der Souverän sind wir	21
Biodiversitätsinitiative	22
Kolumne: Andri Silberschmidt	23

Liebe Freisinnige

Dieser Tage bereitet es mir besondere Freude, ein Freisinniger zu sein! Erstens hat unser Bildungspapier mit den 17 Forderungen ein gewaltiges Echo ausgelöst und endlich die notwendigen Diskussionen zu den Fehlentwicklungen in der Volksschule ausgelöst. Empört waren nur ein paar Linke, was heisst, dass wir richtig liegen. Jetzt müssen wir aber dranbleiben und das Thema weiter besetzen. Gefordert sind dazu auch die Kantonalparteien. Zweitens wurde am 18. August im Kanton Schaffhausen unser bisheriger Regierungsrat Martin Kessler mit dem besten Resultat wiedergewählt. Dazu haben wir der SP mit der Neuwahl von Marco Montanari einen Sitz abgelncht. Danke FDP Schaffhausen – bien fait! Und herzliche Gratulation.

Am 22. September stimmen wir ab über die extreme Biodiversitätsinitiative. Ebenso haben die Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ein Bekenntnis für den Erhalt unseres international einzigartigen Dreisäulensystems abzugeben.

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

Einmal mehr sprechen wir über eine Vorlage mit berechtigtem Anliegen, jedoch unverhältnismässigen Massnahmen. Nicht nur würde eine Gesamtfläche von der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg

und Solothurn zu praktisch unantastbarem Schutzgebiet. Ebenso verletzt die Initiative föderalistische Grundsätze, ganz zu schweigen von der Verlängerung der Baubewilligungsverfahren. Darüber hinaus stehen die Forderungen im Widerspruch zu den Energiezielen der Schweiz, denn bei einem Ja würde der mit dem Stromgesetz soeben beschlossene beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren verunmöglicht.

Modernisierung der zweiten Säule: Frauen und Teilzeitbeschäftigte profitieren

Bei der Finanzierung der Altersvorsorge hat die FDP drei Grundsätze: Nachhaltige Finanzierung, Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt, Ausgewogenheit der Massnahmen. Die BVG-Vorlage ist ein gelungener Kompromiss: Die Bundesversammlung konnte sich auf eine Senkung der Eintrittsschwelle einigen und für deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen. Wer bis anhin nicht versichert war, wird zukünftig auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein. Teilzeitarbeitende oder Menschen mit tiefen Einkommen werden von deutlichen Verbesserungen profitieren, ebenso Mehrfachbeschäftigte vom neuen prozentualen Koordinationsabzug. Einigen konnte man sich auch zu den Ausgleichsmassnahmen für

Übergangsgenerationen und zu den verbesserten Lohnabzügen für Beschäftigte ab 45 Jahren. Am 22. September haben wir es in der Hand, die Renten für viele Menschen und insbesondere für Frauen zu verbessern!

SP & Co: Im Zweifelsfall steht Klassenkampf vor Gleichstellung

Gewerkschaften, SP und Grüne bekämpfen die BVG-Reform via Referendum. Ihr immerwährender Klassenkampf lässt es ihnen offenbar nicht zu, den vernünftigen und zielführenden Kompromiss mitzutragen. Ebenso droht die SP-Parteispitze bereits damit, die Individualbesteuerungsinitiative der FDP abzuschliessen, ein herber Schlag für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Beide Vorhaben bieten die einmalige Chance für reale Verbesserungen und handfeste Fortschritte bei Gleichstellung und Chancengleichheit. Die Linken betreiben lieber ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik weiter.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Sie referierten an der Delegiertenversammlung in Muotathal: (v.l.) Kantonsrat Willi Kälin, Nationalrat Heinz Theiler, Hans Bless, CEO ebs Energie AG, Ständerätin Petra Gössi und Kantonalpräsident Urs Rhyner.



Klares Ja zum Verwaltungsgebäude Kaltbach

Delegiertenversammlung vom 4. Juli in Muotathal

Die Delegierten der FDP Kanton Schwyz fassten die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 22. September. Zustimmung gab es für die BVG-Reform und das neue Verwaltungsgebäude in Kaltbach. Die Biodiversitätsinitiative wurde klar abgelehnt.

Nach der Begrüssung durch Kantonalpräsident Urs Rhyner, Schindellegi, stellte Nationalrat Heinz Theiler, Goldau, die Biodiversitätsinitiative vor. Das Thema sei wichtig, aber die Forderungen der Initiative zu extrem. «Der massive Ausbau der Schutzfläche ist übertrieben und verhindert die Erneuerung wichtiger Infrastrukturen.» Die Delegierten folgten der Argumentation und schritten diskussionslos zur Abstimmung, die einstimmig ausfiel (siehe Box).

Ja zur BVG-Reform

Ständerätin Petra Gössi, Küsnacht, erläuterte die BVG-Reform. «Die Reform wurde vom Parlament mit grossem Mehr beschlossen, aber die Gewerkschaften und die linken Parteien haben das Referendum ergriffen.» Der Reformbedarf sei nach 20 Jahren unbestritten. Gestoppt würden die systemwidrige Umverteilung von Jung auf Alt sowie Rentenlücken und die hohen BVG-Abzüge von älteren Arbeitnehmenden würden ausgeglichen, nannte Gössi die Vorteile. In der anschliessenden Diskussion konnte Gössi einige Detailfragen klären. Die Delegierten stimmten der Reform schliesslich einstimmig zu.

Diskussionen um Verwaltungszentrum Kaltbach

FDP-Kantonsrat Willi Kälin, Pfäffikon, ging auf

die kantonale Vorlage ein, die am 22. September zur Abstimmung gelangt. Der Kantonsrat hatte der 140-Millionen-Vorlage mit 86 zu 8 Stimmen klar zugestimmt, dagegen wurde das fakultative Referendum ergriffen.

Was die Kritik des Standorts betrifft, betonte Kälin, wäre ein Neubau dieser Grössenordnung am heutigen Standort im Zentrum von Schwyz gar nicht möglich, auch eine Sanierung der bestehenden Gebäude sei unmöglich. Man werde versuchen, in den alten Gebäuden wertschöpfende Arbeitsplätze zu schaffen, was Steuereinnahmen generiere. Gleichzeitig würden die hohen Mietkosten für die Verwaltung wegfallen. Mit dem modernen Gebäude im Kaltbach sei eine effiziente Verwaltung mit idealer Verkehrsanbindung möglich, die Kosten seien gerechtfertigt. Kälin wehrte sich gegen den Vorwurf der Gegner, die Vorlage sei im Kantonsrat einfach durchgewunken worden. Er betonte, dass die Regierung einen ausgereiften und überzeugenden Vorschlag präsentiert habe.

In der Diskussion wurde klar, dass die Delegierten die Vor- und Nachteile der Vorlage genau abwägten. Sie kamen zum Schluss, dass die Auswirkungen aufs Dorf schwer abzuschätzen seien. Das Beizen- und Ladensterben schreite

aber leider sowieso voran. Insgesamt erkannte man die Chancen des Projekts. Bei der Abstimmung wurde der Vorlage schliesslich zugestimmt.

Konzessionserneuerung ebs

Gastrecht wurde den FDP-Delegierten im Betriebsgebäude der ebs Energie AG gewährt. CEO Hans Bless stellte den Betrieb vor und sprach über die Herausforderungen im Zusammenhang mit der anstehenden Konzessionserneuerung der Muotakraftwerke. Man habe mit den Umweltverbänden einen guten Kompromiss gefunden. Sobald die Bewilligung des Bundesamts für Umwelt vorliege, werden die Bezirksbürger und -bürgerinnen das letzte Wort haben.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

So stimmten die FDP-Delegierten ab

- Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft» (Biodiversitätsinitiative): 0 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung
- Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG-Reform): 44 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung
- Bau des neuen Verwaltungs- und Sicherheitszentrums Kaltbach (kantonale Vorlage): 39 Ja, 0 Nein, 6 Enthaltungen

Die amtierenden Mandatsträgerinnen und -träger der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz.



Verdankung und Begrüssung neuer Mandatsträger

Fraktionsausflug vom 26. Juni nach Nuolen

Nebst einem gemütlichen Austausch kamen die Teilnehmenden in den Genuss eines Vortrags von Fridolin Marty von Economie Suisse zum Thema Liberalismus.

Der traditionelle Fraktionsausflug der FDP Kanton Schwyz führte dieses Jahr in den Bezirk March. Amtierende und ehemalige Mandatsträgerinnen und -träger der FDP und Gäste trafen sich im idyllisch gelegenen Restaurant Golfpark Zürichsee in Nuolen. Mit dem Start in die neue Legislatur stand der Anlass auch im Zeichen der Verdankung der fünf abtretenden Kantonsräte Peter Dettling, Arno Solèr, Daniel Bättig, Gregor Achermann und Marco Heinzer. Neu in der FDP-Fraktion begrüsst wurden die Kantonsräte Diego Föllmi, Severin Isenschmid und Marc Nideröst sowie Kantonsrätin Julia Cotti.



Fridolin Marty rückte in seinem Gastreferat die liberalen Grundsätze in den Fokus.

Politische Impulse

Für interessante Anregung sorgte das Gastreferat von Fridolin Marty, Leiter Gesundheitspolitik bei Economie Suisse, dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Marty rief den Anwesenden die liberalen Grundsätze in Erinnerung und zeigte auf, wie diese in eine gute Regulierungspraxis, speziell im Gesundheitsbereich, umgesetzt werden sollten. Anschliessend liessen die Liberalen den Ausflug bei sonnigem Wetter und prächtiger Aussicht auf der Terrasse ausklingen.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz



Bei schönstem Wetter genossen die Liberalen einen erfrischenden Sommerdrink auf der Restaurantterrasse.



Unter den Teilnehmenden befanden sich wie gewohnt diverse Gäste und ehemalige Mandatsträger.

Kolumne

Die richtige Zeit, an die Schweiz zu glauben



Nach vielen Jahren des Friedens und des Aufschwungs ist die Welt wieder spürbar unruhiger geworden. Kriege und Konflikte rücken näher an unsere Grenzen heran, autoritäre Systeme haben Aufwind und stellen bürgerliche Errungenschaften und Menschenrechte offen infrage. Auch in der vergleichsweise ruhigen Schweiz mehren sich die Probleme: Flucht und Einwanderung bringen unsere Sozialsysteme an ihre Grenzen und bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das wichtigste Sozialwerk der Schweiz steht vor einer unsicheren Zukunft und die Beziehungen zur EU sind ungeklärt.

Das macht uns allen verständlicherweise Sorgen. Wir spüren, dass die Freiheit unter Beschuss geraten ist. Für mich und viele meiner Generation ist dies ein Schock. Wir, die wir in Sicherheit und Wohlstand aufwachsen durften! Selbstbestimmung, wirtschaftliche Stabilität und ein geschütztes Umfeld waren für uns so selbstverständlich wie der Sonnenaufgang über dem Mythen. Und nun ist dies plötzlich nicht mehr garantiert?

Bei genauem Hinschauen war dies tatsächlich nie der Fall. Freiheit, Wohlstand und Sicherheit waren nie naturgegeben. Freiheit wurde erstritten und verteidigt, Wohlstand erarbeitet und Sicherheit geschaffen.

Es liegt an uns als Gesellschaft, die heutigen Krisen zu meistern. In unserem Land wurden schon grössere Schwierigkeiten und Gefahren überwunden. Oft wurde aus der Not sogar eine Tugend gemacht. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir diese Stärke immer noch in uns tragen. Die Bürgerinnen und Bürger sind das grösste Kapital der Schweiz. Legt man ihnen grosse Steine in den Weg, bauen sie eben einen Tunnel.

Fabian Ab Yberg,
Kolumnist Jungfreisinnige Schwyz

Ende April trat Petra Gössi in der «Arena» des Schweizer Fernsehens auf und vertrat dort die Asylpolitik der Liberalen.
Bild: Screenshot SRF



«Die Schweiz muss zeigen, dass sie gewillt ist, das Problem anzupacken.»

Lösung für Eritreer in Sicht

Motion von Petra Gössi zum Umgang mit abgewiesenen Asylsuchenden erfolgreich

Ein Vorstoss der Schwyzer FDP-Ständerätin Petra Gössi hat sich sowohl im National- als auch im Ständerat durchgesetzt. Gemäss diesem muss der Bundesrat jetzt ein Transitland finden, das abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea vorübergehend aufnimmt.

Seit Jahren ringt das Parlament um eine Lösung, wie die Schweiz mit abgewiesenen Asylsuchenden aus Eritrea umgehen soll. Nun haben National- und Ständerat den Bundesrat beauftragt, ein Transitland zu suchen. Dieses soll Eritreerinnen und Eritreer, deren Asylantrag von der Schweiz abgelehnt wurde und die das Land nicht freiwillig verlassen, vorläufig aufnehmen, damit diese dem Zielstaat zugeführt werden können. Grundstein dafür ist die Motion «Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat», die die Schwyzer FDP-Ständerätin Petra Gössi, Küssnacht, im Dezember 2023 eingereicht hatte. Die grosse Kammer nahm den Vorstoss im Juni deutlich an. Bereits im März dieses Jahres hatte ihm auch die kleine Kammer zugestimmt.

Sicherheit und Abschreckung

Mit ihrem Vorstoss zielt Gössi auf eine Verbesserung der Asylsituation in unserem Land ab. «In der

Bevölkerung herrscht ein grosses Unbehagen», erklärt sie. «Seit Jahren können abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, weil dieses eine zwangsweise Rückführung ablehnt. Abgewiesene Asylsuchende verbleiben auf Kosten der Allgemeinheit somit in der Schweiz.» Ihr gehe es darum, eine abschreckende Wirkung zu erzeugen: «Die Idee ist, dass die Schweiz für Eritreer weniger attraktiv wird und allfällige Asylanten den Weg über das Mittelmeer gar nicht erst antreten, da das eine gefährliche Route ist.» Zudem sollen die Probleme des Wegweisungsvollzugs mit internationaler Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten angegangen werden.

Orientierung an vergangenen Abkommen

Gössis siegreiche Motion verlangt vom Bundesrat, dass er ein Transitabkommen mit einem geeigneten Drittland abschliesst. Eritreer und Eritreerinnen sollen demnach nicht in demjenigen Drittstaat blei-

ben, in den sie ausgeschafft werden. Vielmehr soll dieser Staat als Zwischenstation dienen.

Bei der Umsetzung des Vorstosses soll sich der Bundesrat an einem Abkommen orientieren, das im Jahr 2003 von der damaligen Justizministerin Ruth Metzler in Senegal unterzeichnet wurde. Allerdings trat das Abkommen nie in Kraft, weil Senegal kurz nach der Unterzeichnung davon zurücktrat.

Dringlichkeit einer Lösung

Gössi ist sich bewusst, dass die Ausarbeitung eines Transitabkommens ein schwieriges Unterfangen ist. Doch es brauche jetzt eine Lösung. «Die Schweiz muss zeigen, dass sie gewillt ist, das Problem anzupacken.» Abgewiesenen Asylsuchenden aus Eritrea einfach eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen, wie das Schweizer Städte vorgeschlagen haben, sende ein falsches Signal nach aussen, ist sie überzeugt.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Die FDP-Fraktion im Kanton Schwyz kritisiert den Erziehungsrat wegen seiner langsamen Reaktion auf den Lehrpersonenmangel.

Bild: Adobe Stock / Christian Schwier



Ruf nach effizienterer Bildungspolitik

FDP-Fraktion fordert die Abschaffung des Erziehungsrats

Die Liberalen kritisieren die komplizierten Strukturen im Bildungswesen. Sie sehen den Schwyzer Erziehungsrat als Hauptfaktor dafür, dass Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel nur schleppend umgesetzt werden. Das Gremium soll deshalb aufgehoben werden.

Seit Monaten ist die Situation an den Schulen im Kanton Schwyz unbefriedigend. Es fehlt auf allen Stufen an Lehrpersonen. Besonders in der Kritik steht der Erziehungsrat. Obwohl er sich mit der Problematik des Lehrpersonenmangels befasst, hat er die Situation bislang nicht merklich verändert.

Systemwechsel im Bildungswesen

Das derzeitige System mit einem Erziehungsrat ist nach Ansicht der FDP ein Hemmnis. Es führt dazu, dass Anpassungen im kantonalen Bildungswesen sehr schwerfällig erfolgen. «Mit dem Erziehungsrat hat es schlicht ein Gremium zu viel im Kanton», sagt FDP-Fraktionschef Sepp Marty. «Es dauert viel zu lange, bis sich etwas bewegt, und allfällige Lösungen kommen zu spät.» Die mangelnde Transparenz der Entscheidungen des Erziehungsrats verschärft das Problem laut Marty zusätzlich. Die FDP verlangt deshalb einen Systemwechsel, konkret die Abschaffung des Erziehungsrats. In ihrer Motion «Fortschritt im Bildungswesen: Erziehungsrat aufheben» fordert sie den Regierungsrat auf, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Träge Entscheidungsprozesse

In den vergangenen Jahren führte der Erziehungsrat verschiedene Analysen und Erhebungen durch. Doch statt konkrete Lösungsvorschläge vorzulegen, hat der Regierungsrat Mitte Mai nun ein Vernehmlassungsverfahren eingeleitet. Marty: «Zwar präsentiert die Regierung ein umfassendes Massnahmenpaket mit vielversprechenden Ansätzen, um den Lehrpersonenmangel zu bekämpfen. Aber diese Massnahmen hätten bereits vor Jahren ergriffen werden müssen.» Jetzt verstreiche wieder wertvolle Zeit und der Lehrpersonenmangel bleibe bestehen. «Es ist offensichtlich, dass der Kanton mit der heutigen Struktur im Bildungswesen nicht in der Lage ist, bildungspolitisch wichtige Weichenstellungen frühzeitig vorzunehmen.» Genau darum gehe es aber, sagt Marty. Man müsse gewappnet sein, um Krisen vorzubeugen oder im Krisenfall besser reagieren zu können.

Kritik an Strukturen, nicht an Personen

Marty betont, dass die Sicherstellung eines qualitativ hochstehenden Bildungsangebots eine zentrale Staatsaufgabe sei. Dies bedinge eine zweckmäs-

sige Regelung der Aufsicht und Steuerung des Bildungswesens. Gleichzeitig versichert er, dass die Forderung nach der Aufhebung des Erziehungsrats nichts mit dessen personeller Zusammensetzung zu tun habe (siehe Box).

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Der Erziehungsrat

Im Erziehungsrat sitzen von Amtes wegen Bildungsdirektor Michael Stähli und Departementssekretär Patrick von Dach sowie Tanja Grimaudo Meyer, Vorsteherin des Amts für Volksschulen, und Kuno Blum, Vorsteher des Amts für Mittel- und Hochschulen, als beratende Mitglieder. Daneben gehören dem Gremium die folgenden Personen an: Armin Diethelm (Unternehmer, Brunnen), Salome Dübendorfer (Gymnasiallehrerin, Schindellegi), Lukas Kaufflin (Berufsoffizier, Einsiedeln), Ilona Nydegger (Schulleiterin, Galgenen), Roland Lutz (Unternehmer, Einsiedeln), Elias Tresch (Polizist, Wilen), Fabienne Patriarca (Unternehmerin, Brunnen) und Verena Vanomsen (Lehrerin, Freienbach).

Herzlich willkommen!

Die vier neuen Mitglieder der Geschäftsleitung stellen sich vor



Anna Marty

«Der Kanton sollte als Vorreiter für Innovation und Nachhaltigkeit gelten und dabei eine starke Wirtschaft unterstützen, die auch soziale Verantwortung übernimmt.» Das ist Anna Marty's Vision für den Kanton Schwyz. Die 37-Jährige vertritt die Anliegen der FDP Frauen Schwyz. Ein wichtiger Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit ist demnach die Förderung von Chancengleichheit durch Eigenverantwortung. «Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, Familie und Beruf erfolgreich zu vereinbaren.» Nach neun Jahren als Berufskundelehrperson übernahm Marty kürzlich die Leitung Qualität und Entwicklung an der Fachschule Viventa. Mit ihrem Lebenspartner und den beiden gemeinsamen Töchtern lebt sie in Unteriberg. Marty liebt das Wandern, Reisen und Bouldern und ist aktives Mitglied im Turnverein Unteriberg. Das Aufwachsen in einer politisch aktiven Familie hat auch ihr Interesse an einem politischen Engagement geweckt.



Thomas Grieder

Thomas Grieder wurde durch die Familie und durch sein Jus-Studium politisiert. 2023 wurde er in den Kantonsrat gewählt. «Die FDP des Kantons Schwyz soll eine liberale, weitsichtige und realistische Politik für den Kanton Schwyz und die Bevölkerung führen. Neben dem Kantonsrat möchte ich mich auch in der Geschäftsleitung als Vertreter der Kantonsratsfraktion und des Bezirks Höfe für diese Strategie engagieren.» Für Grieder verbindet der Kanton Schwyz Fortschritt mit Geschichte und Tradition. «Mit diesen starken Wurzeln können wir uns der Zukunft ohne Angst stellen und sie selbstbewusst gestalten.» Seine Freizeit verbringt der 53-Jährige mit Segeln, beim Skaten und im Garten. Grieder wohnt mit seiner Frau in Wollerau und arbeitet als selbstständiger Rechtsanwalt. Ausserdem ist er Lehrbeauftragter der Universität Zürich. Grieder schätzt die FDP für ihren Einsatz für Freiheit und Eigenverantwortung und als Garant des Erfolgsmodells Schweiz.



Fabian Ab Yberg

Fabian Ab Yberg vertritt in der Geschäftsleitung die Anliegen des Schweizer Jungfreisinns. Er wohnt in der Gemeinde Schwyz und studiert Unternehmenskommunikation in Winterthur. In seiner Freizeit liest er gerne, kocht italienische Gerichte und geniesst klassisches Kino. Die Tatsache, dass er als Bürger die Möglichkeit hat, das Zusammenleben mitzugestalten, hat den 28-Jährigen politisiert und motiviert ihn bis heute. Für Ab Yberg verkörpert die FDP den Glauben an den Einzelnen, die Zivilgesellschaft und die Schweiz als Ganzes: «Die Einstellung, dass wir als Gesellschaft allen Herausforderungen gewachsen sind, spricht mich an.» In seiner Funktion möchte Ab Yberg seine Partei dabei unterstützen, selbstbewusst für ihre Ideen einzustehen und die Lebensumstände der Schwyzerinnen und Schwyzer zu verbessern. «Auch künftige Generationen sollen wie ich das Glück haben, in einem freien, friedlichen und wohlhabenden Kanton aufzuwachsen und leben zu dürfen.»



Nico Lalli

Nico Lalli, 39, lebt mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern in Brunnen. Beruflich ist er als Politberater tätig und führt gemeinsam mit zwei Partnern eine Beratungsfirma. Seine Freizeit verbringt er am liebsten beim Skifahren, Lesen und Wandern. Politisiert wurde Lalli durch seine Familie und sein Studium der Internationalen Beziehungen in St. Gallen. «Ich bin Mitglied der FDP, weil ich von den Prinzipien der Freiheit, der Eigenverantwortung, der direkten Demokratie und eines schlanken Staats überzeugt bin. Sie sind die Grundvoraussetzungen für eine funktionierende, wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Gesellschaft.» Als Geschäftsleitungsmitglied möchte Lalli seine Erfahrungen nutzen, um die Partei zukunftsorientiert zu stärken und sie im Kanton Schwyz als Volkspartei weiterzuentwickeln. Er will sich für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und die Unterstützung von Innovationen einsetzen.

AGENDA

Bitte beachten Sie: Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Website unter www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Websites der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Website www.fdp-sz.ch.

Samstag, 21. September

Herbstanlass FDP Kanton Schwyz mit Sternwanderung auf die Rotenflue

Sonntag, 22. September

Abstimmungssonntag

Freitag, 27. September

Fyraabig fédéral

Samstag, 19. Oktober

Eidgenössische Delegiertenversammlung im Tessin

Donnerstag, 24. Oktober

Kantonale Delegiertenversammlung

Sonntag, 24. November

Abstimmungssonntag

Irina Bannwart, Foto: Damian Moor



Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

Irina Bannwart: Nach meinem Logopädie-Studium war ich acht Jahre als Logopädin und Schulleiterin in einer heilpädagogischen Schule tätig. Anschliessend wechselte ich in die Bildungsverwaltung, war als Projektleiterin und jetzt als Abteilungsleiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes tätig.

Warum bist du in der FDP?

Seit ich 16 Jahre alt bin, engagiere ich mich politisch. Meine Wirtschaftsmatur hat mich geprägt, in der Politik die liberalen Werte in den Fokus zu nehmen. Ich bin der Meinung, dass Bildung und Wirtschaft enger miteinander verbunden sind, als oft gedacht wird. Weiter setze ich mich für eine volksnahe FDP ein. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir immer noch mit dem Klischee kämpfen, eine Ü50-Partei von Juristen und Unternehmern zu sein. Ich möchte dafür sorgen, dass auch Personen mit anderen beruflichen und sozialen Hintergründen sich von der FDP angesprochen fühlen.

Du bist Leiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes. Gibt es da Spannungen, was dein politisches Engagement, gerade auch im Bildungsbereich angeht?

Ich trenne klar zwischen meinen politischen Aktivitäten und meiner beruflichen Rolle. Ich habe immer offen über meine politische Tätigkeit gespro-

chen, auch bei Vorstellungsgesprächen. Als Abteilungsleiterin der Stabsstelle arbeite ich politisch neutral und lasse meine Parteipräferenzen nicht in meine Arbeit einfließen. Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Grundausrichtung meiner beruflichen Tätigkeit gut zu meinen liberalen Werten passt. Ansonsten würde ich nicht hier arbeiten.

Du warst auch Teil der Expertenkommission aus den Kantonen für das Bildungspapier der FDP Schweiz, das von den Delegierten am 22. Juni 2024 angenommen wurde. Wie lief die Entwicklung dieses Papiers ab?

Die Arbeitsgruppe wurde von der FDP Schweiz gegründet und bestand aus Mitgliedern aus verschiedenen Kantonen. Sabina Freiermuth, die Aargauische Kantonalpräsidentin lud mich als Fachexpertin aus dem Kanton Aargau in die Gruppe ein.

Wir begannen unsere Arbeit mit einer Online-Besprechung, in der wir uns über grundlegende Bildungsthemen austauschten und den Entwurf des Bildungspapiers diskutierten. Schon in dieser Sitzung konnten wir Änderungsvorschläge einbringen. In einer zweiten Runde wurde über diese Vorschläge abgestimmt. Ich war sehr aktiv, brachte viele Anträge ein und war begeistert, dass sich die FDP intensiv mit dem Thema Bildung auseinandersetzte. Ich dachte mir: «Wenn ich schon mitmache, dann gebe ich Vollgas.» Danach folgten schriftliche Rückmeldungen und Stellungnahmen,

«Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird.»

bis das Bildungspapier für die Delegiertenversammlung vorbereitet war.

Wer war da dabei in der Arbeitsgruppe?

Wir waren 25 Personen, darunter ehemalige Rektoren, Leute aus der Praxis, Fachleute aus der Bildungsverwaltung und Schulpflege sowie Mitglieder von Bildungskommissionen in Gross- oder Kantonsräten.

Anmerkung der Redaktion: Alle Kantone waren eingeladen, ihre Delegationen für die Arbeitsgruppe zu melden. Auch die Bildungsdirektorinnen und -direktoren der FDP sowie Regierungsrat Conrardin Cramer (FDP/BS) wurden in den Prozess einbezogen.

Gab es Unterschiede zwischen den Sprachregionen oder auch zwischen Kantonen?

Je nach Kanton sind andere Voten gekommen. Jeder Kanton hat mit den Volksschulen andere Bedürfnisse. Umso positiver ist, dass man sich auf das Papier einigen konnte.

Welche spezifischen Fehlentwicklungen siehst du aktuell in der Volksschule?

Der Lehrplan umfasst viele Fächer und fördert die Schüler in verschiedenen Bereichen. Am Ende der Schulzeit stellt man jedoch fest, dass grundlegende Fähigkeiten wie das Schreiben einer Bewerbung oder einer E-Mail fehlen. Dieser Umstand ist für die Ausbildung und das weitere Leben der jungen Menschen problematisch.

Die Forderung nach Grundkompetenzen darf nicht nur auf fremdsprachige Schüler abgewälzt werden; alle Schüler brauchen diese Fähigkeiten. Fremdsprachige Schüler haben oft zusätzliche Herausforderungen. Und ein gewisses Mass an Sprache sollte sicherlich vorhanden sein, um dem Unterricht folgen und den Unterrichtsstoff aufnehmen zu können. Die Sprachverarmung ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem, weil die angewendete Sprache von Social Media auf den alltäglichen

Irina Bannwart während der Diskussion und Beantwortung der Fragen zum Bildungspapier an der Delegiertenversammlung am 22. Juni 2024 in Möriken-Wildegg. Foto: Damian Moor



Sprachgebrauch abfährt – nicht unbedingt im Positiven.

Wie geht es jetzt weiter in eurer Arbeitsgruppe?

Es wäre schade, wenn diese Gruppe aufgelöst würde. Es ist wertvoll, zu sehen, wie andere Kantone und Bildungspolitikerinnen und -politiker arbeiten und ein gemeinsamer Austausch ist wertvoll. Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird. Viele liberale Menschen sind im Bildungssektor aktiv, obwohl Bildung häufig als ein eher «linkes» Thema angesehen wird. Die Reaktionen auf das Bildungspapier zeigen, dass es viele Menschen im Bildungsbereich gibt, die nicht einfach nur eine linke Haltung haben.

Du bist selbst im Wahlkampf als Grossrätin für den Bezirk Zofingen. Was ist deine Botschaft?

Der Abbau von Bürokratie an Schulen ist mir ein

wichtiges Anliegen. Lehrpersonen sollten sich wieder auf den Unterricht konzentrieren können, ohne von administrativen Prozessen zwischen Verwaltung, Schule, Lehrpersonen und Schulleitung abgelenkt zu werden.

Welche Forderungen des Bildungspapiers liegen dir besonders am Herzen?

Aus meiner Sicht hat die Schule eine zentrale Aufgabe mit dem Sicherstellen von Tagesstrukturen oder Tagesschulen. Damit lässt sich Beruf und Familie besser vereinbaren. Das hat einen direkten Einfluss auf die Berufstätigkeit der Frauen. Hier zeigt sich die Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft.

Ein weiteres Anliegen ist mir, dass Eltern ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und mit der Schule zusammenarbeiten. Die Schule hat einen Bildungsauftrag, der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern. Beide Aufgaben müssen Hand in Hand ge-

«Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.»

hen, und die Eltern sollten sich dessen bewusst sein. Dies betrifft nicht nur, wie oft fälschlicherweise angenommen, nur fremdsprachige Eltern. Es ist wichtig, alle Familien zu erreichen – sowohl aus sozioökonomisch schwächeren als auch aus wohlhabenderen Haushalten. Letztere können teilweise mit rechtlichen Schritten gegen Zeugnisse oder Entscheidungen der Lehrpersonen die Zusammenarbeit genau so schwierig gestalten.

Wie waren die Reaktionen auf die Veröffentlichung des Bildungspapiers?

Nach den medialen Berichten habe ich sowohl positive als auch negative Rückmeldungen erhalten, auch aus meinem bildungsnahen Umfeld. Etwa 80 Prozent der Reaktionen waren positiv. Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.

Gibt es sonst noch etwas, was du der FDP-Basis mitteilen möchtest?

Es ist wichtig, sich zu engagieren – auch im Kleinen kann man etwas bewirken, selbst als Mitglied in einer Ortspartei. Entscheidend ist, dass man sich mit Politik auseinandersetzt. Unser einzigartiges Schweizer System lebt davon, dass die Menschen sich mit verschiedenen Themen beschäftigen und aktiv mitbestimmen, sei es durch Wählen oder Abstimmen.



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».



350 Delegierte stimmten am 22. Juni 2024 dem Bildungspapier für die Volksschule zu. Foto: Damian Moor

Bild: Adobe Stock / Contrastwerkstatt



Volksschule am Anschlag: Zurück zum Bildung

17 Handlungsfelder für eine chancengerechte und zukunftsorientierte Bildung unserer Kinder

Unsere Volksschule ist für den Kitt in der Gesellschaft, die Wirtschaft und den Erfolg der Schweiz von allergrösster Bedeutung. Nur wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten fundiert und praxisnah auszubilden, sind wir in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Das liberale Erfolgsmodell setzt voraus, dass jeder und jede die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hat. Das wiederum ist nur mit einer soliden Ausbildung möglich. Dieses Erfolgsmodell ist seit jüngster Zeit gefährdet. Trotz des täglichen und unermüdlichen Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer, sowie weiterer Fachpersonen, gerät die Volksschule in verschiedenen Kantonen und Gemeinden zunehmend an den Anschlag. Es ist an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren.

1 Grundkompetenzen, Grundkompetenzen, Grundkompetenzen
Die Volksschule muss sich heute mit allen möglichen gesellschaftlichen Themen befassen und hat allzu oft nicht mehr die Zeit, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: die Vermittlung der Grundkompetenzen. Mit Lesen, Schreiben und Rechnen

erhalten die Kinder ein stabiles Fundament, das sie befähigt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv an der Demokratie teilzunehmen.

2 Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht
In der Praxis hat sich die integrative Schule

zu wenig bewährt. Sie benachteiligt unter den gegebenen Voraussetzungen die lernschwachen Kinder und hindert den Regelunterricht. Integration ist erstrebenswert, aber Inklusion um jeden Preis ist nicht zielführend.

3 Schulnoten bleiben erhalten
Die FDP fordert ein transparentes und einfach anwendbares Bewertungs- und Beurteilungssystem, das die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler abbildet und Vergleiche ermöglicht. Es ist wichtig, die Fortschritte der Schulkinder zu überprüfen. Ideologisch motivierte Versuche, Noten abzuschaffen, sind abzulehnen.

4 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler erhalten Intensivkurse der Unterrichtssprache, bevor sie in eine Regelklasse wechseln
Kinder, welche die Unterrichtssprache (noch) nicht beherrschen, sind oft überfordert und beanspruchen die erhöhte Aufmerksamkeit der Lehrpersonen, so dass weniger Ressourcen für die anderen Kinder übrig bleiben und der Regelunterricht zu



ten Schritt kritisch hinterfragt werden, auf welche Berichte und Formulare verzichtet werden kann.

8 Leistung muss sich lohnen – auch bei Lehrpersonen
 Viele Schulen leiden unter akutem Fachkräftemangel. Die Politik und die Schulen müssen Anreize und Strukturen schaffen, damit Lehrpersonen vermehrt ihre Pensen erhöhen: Unterstützen die Schulleitungen, heterogene Klassenzusammensetzungen zur Vermeidung hoch belasteter Klassen innerhalb einer Schule, Weiterbildung in der unterrichtsfreien Zeit, um die Schulwochen nicht zusätzlich zu befrachten, sowie die Vermeidung von Belastungsspitzen während der Schulwochen können dazu beitragen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder vermehrt Vollzeit arbeiten.

9 Stoppt die Bildungsbürokraten und stärkt die Lehr- und Fachpersonen
 Innovationen entstehen in der Praxis und nicht in den Amtsstuben. Wir müssen den Ideenwettbewerb der einzelnen Schulen fördern und nicht durch Paragraphen verhindern. Wichtige Entscheide müssen dort gefällt werden können, wo mit den Kindern gearbeitet wird. Die Lehrperson – und nicht ein Funktionär oder Berater – weiss am besten, was seine Schülerinnen und Schüler brauchen, um die Bildungsziele zu erreichen.

10 Pädagogische Hochschulen
 Die Ausbildung (Grundausbildung, Weiterbildungen) an der pädagogischen Hochschule bereitet das (angehende) Lehrpersonal auf den Schulalltag vor. Die Lehrpläne sind realitätsnah und praxisorientiert auszugestalten.

11 Keine Smartphones im Unterricht auf Primarschulstufe
 Smartphones und andere elektronische Geräte (bspw. Smartwatches) beeinträchtigen die Aufmerksamkeit, das Lernen und die sozialen Beziehungen. Sie sind während des Unterrichts auszuschalten und wegzulegen.

12 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken erkennen
 Neben den vielen Vorteilen der Digitalisierung weisen Forschungsergebnisse inzwischen auch auf negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb hin. Der Einsatz von digitalen Hilfsmitteln in der Schule muss überlegt und gezielt erfolgen und laufend den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden.

13 Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 Zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bieten die Schulen

Tagesstrukturen an. Die Angebote sind freiwillig und kostengünstig auszugestalten.

14 Bildungswege aufzeigen
 Kinder und Jugendliche erhalten die Möglichkeit, ihre eigenen Fähigkeiten und die ganze Breite der Berufswelt zu entdecken. Dazu werden die Vorteile der verschiedenen Bildungswege (Berufslehre, Berufsmaturität, Gymnasium etc.) den Kindern und Eltern frühzeitig und neutral vermittelt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermittlung von schweizerischen Besonderheiten (z. B. duales Bildungssystem) für zugezogene Eltern und Kinder gelegt.

«Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht.»

kurz kommt. Bevor fremdsprachige Kinder in die Volksschule eintreten, ist der Fokus deshalb konsequent auf das Erlernen der lokalen Sprache zu setzen.

5 Die Erstsprache hat Priorität
 Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen.

6 Respekt im Schulzimmer
 Anstand lässt sich bekanntlich nicht regulieren. Der Staat soll sich auch nicht in die elterliche Erziehung der Kinder einmischen. Doch gewisse Zustände in Schweizer Klassenzimmern sind unhaltbar. Das Lehrpersonal verdient Respekt – von den Kindern und von den Eltern. Für erfolgreiches Lernen braucht es Phasen der Ruhe und Struktur.

7 Weniger Formulare, mehr Unterricht
 Die zunehmende Bürokratie an den Volksschulen muss auf das Wesentliche reduziert werden, denn sie geht zu Lasten des Kerngeschäfts: des Unterrichts. Dazu muss in einem ers-

15 Mehr Schweiz
 Die Geschichte und das politische System der Schweiz dürfen nicht vernachlässigt werden. Nur wenn die Kinder und Jugendlichen unser Land verstehen, erhalten sie das Rüstzeug, um mündige und aktive Teilnehmende unserer Demokratie zu werden.

16 Keine Ideologie und woke Lehrmittel
 Die persönliche politische Meinung bilden sich Kinder und Jugendliche selbst. Die Vermittlung des Unterrichtsstoffes erfolgt deshalb möglichst neutral und die Medienkompetenz sowie schliesslich das eigene Urteilsvermögen sind zu stärken.

17 Nulltoleranz gegenüber Intoleranten
 Fundamentalismus hat keinen Platz an unserer Volksschule. Niemand darf sich unter Berufung auf seine kulturelle und religiöse Identität über andere stellen oder unsere offene Gesellschaft ablehnen.

Dies ist eine gekürzte Version des Positionspapiers, das am 22. Juni 2024 von der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen verabschiedet wurde. Die ganze Version finden Sie hier: www.fdp.ch/bildung

Libere Gleichstellung

Medienaktion der FDP und FDP-Frauen zur liberalen Gleichstellung am 28. August 2024.



«Linke Lippenbekenntnisse und Frauenstreiks nützen nichts – nun braucht es eine echte, libere Gleichstellung von Mann und Frau.»

Bessere Renten. Gleiche Steuern. Mit der Individualbesteuerung und der BVG-Reform ermöglicht die FDP echten Fortschritt: Libere Gleichstellung statt linkem Klassenkampf.

Während die SP mit Streiks den Kampf der Geschlechter inszeniert, arbeiten libere Männer und Frauen Hand in Hand. In diesen Wochen braucht es sie mehr denn je: Der Nationalrat verhandelt über die Individualbesteuerung und die Stimmbevölkerung entscheidet über die BVG-Reform. FDP-Frauen-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher und FDP-Präsident Thierry Burkart zeigten an einer gemeinsamen Aktion, was Freisinnige unter liberaler Gleichstellung verstehen: Fairness und Chancen für alle, unabhängig vom Geschlecht.



Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin der FDP-Frauen an der Medienaktion der FDP und FDP-Frauen zur liberalen Gleichstellung am 28. August 2024.

Die FDP-Frauen und die FDP wollen die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung der Frauen mit konkreten, liberalen Reformen vorantreiben. Linke Lippenbekenntnisse und Frauenstreiks allein nützen nichts – nun braucht es eine echte, libere Gleichstellung von Mann und Frau. Konkret heisst das, dass auch verheiratete Frauen endlich ihre eigene Steuererklärung einreichen können. Und dass in der zweiten Säule, also bei den Pensionskassen, Teilzeitangestellte und Geringverdienende bessere Renten erhalten.

Zwei Reformen für die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen

Im September bietet sich die grosse Chance, in zwei wichtigen Vorlagen Nägel mit Köpfen zu machen. Das Volk entscheidet über die BVG-Reform, der Nationalrat über die FDP-Initiative für die Individualbesteuerung. Diese liberalen Unabhängigkeitsreformen ermöglichen es Frauen, selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden. Zudem fördern sie die wirtschaftliche Unabhängigkeit, indem strukturelle Benachteiligungen beseitigt werden. Die BVG-Reform schafft für viele Teilzeitangestellte, darunter insbesondere Frauen, erstmals eine bessere finanzielle Absicherung im Alter. Durch die Individualbesteuerung werden Ehepaare, insbesondere Mütter in Teilzeiterwerbstätigkeit, nicht mehr benachteiligt.

Zeit, Farbe zu bekennen

Vergangene Woche feierte die FDP bereits einen Erfolg: In der vorberatenden Kommission wurde

die Individualbesteuerung mehrheitlich unterstützt. Die FDP appelliert nun an die Linken, zu ihren Versprechen zu stehen und die Individualbesteuerung auch im Parlament zu unterstützen. Die Individualbesteuerung und auch die BVG-Reform sind zu wichtig, um sie parteipolitischen Manövern unterzuordnen und auf Umverteilungsfantasien zu beharren.

Die FDP fordert:

- Wem bessere Renten für Frauen am Herzen liegen, der – und die! – muss nun für die BVG-Reform stimmen.
- Die Linken sollten zu ihren Versprechen stehen, die alten Gewerkschaftsbüffel ignorieren und die Individualbesteuerung der FDP auch im Parlament unterstützen.
- Echte libere Gleichstellung heute – statt linker Utopien am St.-Nimmerleinstag.
- Linke wie auch Konservative müssen im September Farbe bekennen: Seid ihr für mehr oder weniger finanzielle Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Frauen?

Medienmitteilung der FDP Schweiz zur Medienaktion mit den FDP-Frauen vom 28. August 2024.

Weitere Infos:

Ja zur BVG-Reform: <https://ja-bvg.ch/>

Individualbesteuerung: <https://www.individualbesteuerung.ch/>

Parolenspiegel

Abstimmungen vom 22. September 2024



NEIN

Biodiversitätsinitiative



JA

BVG-Reform

Weitere Abstimmung



JA

Autobahnausbau



Einladung zum Fachreferat mit Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D., spricht zum Thema

**«Die Ukraine, Gaza, Putin und Trump:
Wie gefährdet sind Europa und die Schweiz?».**

Mittwoch, 16. Oktober 2024, in Bern,
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse
13 + 15, 3000 Bern 22 (im Navigationssystem
eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV
mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain,
dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse Papier-
mühlestrasse bis zur Kaserne.

Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

Simone Richner: Rechtsanwältin, Abteilungsleiterin, Stadträtin und Mutter.



«Meine Leidenschaft gilt der Verantwortung als Abteilungsleiterin und meiner Rolle als Mutter. Beides prägt mein Engagement für Gleichberechtigung und Freiheit.»

Als Mutter einer Tochter ist es mein grösster Wunsch, dass sie in einer Welt aufwächst, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Ideal, sondern gelebte Realität ist. Ich möchte, dass sie die Freiheit hat, ihre Träume zu verfolgen, ohne sich durch Hindernisse eingeschränkt zu fühlen, die allein aufgrund ihres Geschlechts bestehen. Mein Engagement wird von den starken Frauen in meiner Familie inspiriert, die mir den Weg gewiesen haben. Meine Mutter, die mir bis heute tagtäglich Eigenständigkeit vorlebt, sowie meine Grossmutter, die als eine der ersten Frauen in der Schweiz einen Dokortitel in Rechtswissenschaften erwarb, und meine Tante, die als erste Staatsanwältin des Kantons Bern eine Pionierin war, haben mir gezeigt, was es bedeutet, für seine Überzeugungen einzustehen.

Wie lebst du Gleichberechtigung in deinem Familienalltag?

In unserem Familienalltag legen mein Partner und ich grossen Wert darauf, die Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung gleichberechtigt zu teilen. Wir beide arbeiten und es ist uns wichtig, dass unsere Tochter sieht, wie man Verantwortung miteinander teilt, und dass beide Elternteile gleichermaßen an ihrer Erziehung und ihrem Wohlbefinden beteiligt sind.

Was gelingt euch dabei gut?

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir eine ausgewogene Balance zwischen unseren beruflichen und familiären Verpflichtungen gefunden haben. Diese Balance ermöglicht es uns, unsere Tochter in einem stabilen und unterstützenden Umfeld aufwachsen zu lassen, während wir beide beruflich erfolgreich sind. Es erfüllt mich mit Freude, zu sehen, wie sie in einem Umfeld aufwächst, das von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Gleichberechtigung im Alltag

Mama und Führungskraft

Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

Simone Richner: Mein Name ist Simone Richner, ich bin 38 Jahre alt und habe das Glück, in meiner beruflichen Laufbahn als ausgebildete Rechtsanwältin und Abteilungsleiterin in einem kantonalen Amt Verantwortung für ein grossartiges Team von 73 Menschen zu tragen. Diese berufliche Rolle erfüllt mich sehr, doch noch bedeutender ist für mich meine Rolle als Mutter einer wunderbaren drei Jahre alten Tochter.

Wie bist du mit der FDP verbunden?

Ich bin aktuell Stadträtin in Bern und habe in der FDP sowohl auf städtischer als auch kantonaler Ebene in verschiedenen Funktionen mitgewirkt, unter anderem als Mitglied der Parteileitung und als Vizepräsidentin. Eine besondere Ehre war es, als erste Frau das Präsidium der Jungfreisinnigen im Kanton Bern zu übernehmen. Mein Herz schlägt für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit – Grundsätze, die nicht nur mein politisches Engagement prägen, sondern auch meinen Alltag als berufstätige Mutter.

Was heisst für dich Gleichberechtigung?

Gleichberechtigung bedeutet für mich, dass jede und jeder unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen persönlichen Merkmalen die gleichen Chancen verdient. Es geht darum, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und sicherzustellen, dass niemand aufgrund von Vorurteilen oder gesellschaftlichen Stereotypen benachteiligt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine gerechtere Gesellschaft für uns alle ein Gewinn ist.

Was bedeutet für dich «liberale Gleichstellung»?

Libérale Gleichstellung bedeutet, dass wir als Gesellschaft die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Chancengleichheit möglich ist, ohne dabei die individuelle Freiheit und Verantwortung des Einzelnen einzuschränken. Es geht darum, Menschen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und selbstbewusst Entscheidungen zu treffen, ohne in traditionelle Rollenbilder gezwängt zu werden. Diese Freiheit ist es, die uns wirklich voranbringt.

Was treibt dich persönlich an, dich für Gleichberechtigung einzusetzen?



Wahlplakat für den Nationalrat im Herbst 2023.



Simone Richner mit ihrer Tochter beim Abstimmen.

Was empfindest du dabei als herausfordernd?

Die grösste Herausforderung besteht oft darin, die Erwartungen der Gesellschaft mit unseren eigenen Vorstellungen von Gleichberechtigung zu vereinen. Es erfordert viel Organisation, enorme Flexibilität und vor allem eine sehr gute Kommunikation, um sicherzustellen, dass alle Bedürfnisse in der Familie berücksichtigt werden und wir gleichzeitig unseren beruflichen Zielen gerecht werden können. Welche Massnahmen sind aus Sicht der FDP besonders wichtig, um Chancengleichheit zu fördern? Die FDP setzt sich für die Förderung flexibler Arbeitsmodelle ein, die es Familien erleichtern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Modernisierung der beruflichen Vorsorge, wie sie in der BVG-Reform vorgesehen ist.

In welchem Bereich muss noch viel getan werden aus deiner Sicht?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Es braucht dringend mehr Betreuungsmöglichkeiten und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dafür, dass auch Männer eine aktive Rolle in der Kindererziehung und im Haushalt übernehmen.

Wie kann ich als Mitglied der FDP Gleichberechtigung fördern?

Als Mitglied der FDP kannst du viel bewirken, indem du dich aktiv in die politische Arbeit einbringst. Teile deine Erfahrungen, sprich darüber

und engagiere dich für Initiativen, die flexible Arbeitsmodelle voranbringen und die berufliche Vorsorge modernisieren. Darüber hinaus kannst du in deinem persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft dazu beitragen, Frauen in Führungspositionen

«Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.»

zu stärken, indem du sie ermutigst und unterstützt. Es ist entscheidend, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen, damit Gleichberechtigung nicht nur ein Ziel bleibt, sondern in unserem Alltag wirklich gelebt wird.

Warum sollten unsere Leser/Leserinnen Ja zur BVG-Revision stimmen?

Die BVG-Reform ist ein bedeutender Schritt, um unsere Altersvorsorge zu modernisieren und gerechter zu gestalten. Sie schliesst Rentenlücken, insbesondere für Teilzeitarbeitende und Frauen, und fördert die Generationengerechtigkeit. Durch die Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordi-

nationsabzugs wird es viel mehr Menschen möglich sein, von der zweiten Säule zu profitieren. Diese Reform ist nicht nur fair, sondern auch zukunftsweisend, und sie stärkt unser bewährtes Dreisäulenmodell.

Was du der «Freisinn»-Leserschaft sonst noch sagen willst.

Ich möchte die Leserinnen und Leser ermutigen, sich weiterhin aktiv für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit einzusetzen. In einer Zeit, in der Freiheit immer mehr in Frage gestellt wird, ist es wichtiger denn je, für unsere Überzeugungen einzustehen. Links-grüne Forderungen nach immer mehr Regulierungen und Einschränkungen bedrohen die Individualität und Vielfalt, die unsere Gesellschaft stark machen. Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch politisches Engagement, durch das Setzen von Vorbildern im Alltag oder durch die Unterstützung von Initiativen, die unsere Gesellschaft gerechter und freier machen.



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Yannick Berner setzt sich als FDP-Grossrat und Unternehmer für ein Ja zur BVG-Reform ein.



Als Unternehmer für die BVG-Reform

Kommentar von Yannick Berner

Als Liberaler, Unternehmer und einst zukünftiger Rentner bin ich klar für die BVG-Reform. Im vollen Bewusstsein, dass es sich bei der Vorlage um einen politischen Kompromiss handelt, ist die Reform notwendig, um die 2. Säule nachhaltig und fair zu gestalten.

Die BVG-Reform bietet die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten im Rentensystem zu verbessern. Viele Teilzeitarbeitende und insbesondere Frauen erhalten heute keine BVG-Rente. Hinzu kommt, dass die Rentenversprechen im BVG zu hoch sind und die Erwerbstätigen die Rentner querfinanzieren. Das Resultat? Ein zunehmend fragiles System, das unsere Solidarität überstrapaziert und dringend reformiert werden muss.

Reform für Unternehmer eine Herausforderung

Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass diese Reform auch für uns als Unternehmer eine Heraus-



Das Familienunternehmen URMA AG produziert innovative Präzisionswerkzeuge mit einem Exportanteil von über 95 Prozent. Eingesetzt werden die Schweizer Produkte unter anderem in der Automobil- und Flugzeugindustrie.

forderung darstellt. Es ist richtig, dass eine Annahme der Vorlage zu höheren Kosten führen wird. Mehr Mitarbeitende werden obligatorisch in der beruflichen Vorsorge versichert sein, was für uns höhere Lohnabzüge bedeutet. Doch genau hier setzt die Verantwortung an, die wir als Unternehmer in der Gesellschaft tragen. Lassen Sie mich dies anhand eines Beispiels verdeutlichen: Nehmen wir an, eine Teilzeitangestellte in unserem Unternehmen verdient 30 000 Franken pro Jahr. Nach den aktuellen Regeln sind nur 4275 Franken oder 14 Prozent ihres AHV-Lohnes im BVG versichert. Mit der Reform erhöht sich der versicherte Lohn auf 24 000 Franken, das sind 80 Prozent ihres Lohnes. Auf dieser Basis lässt sich ein solides Altersguthaben ansparen. Für uns als Arbeitgeber bedeutet dies höhere Beiträge, doch für die Angestellte bringt es eine signifikante Verbesserung ihrer Altersvorsorge und garantiert eine schönere Rente.

Wer, wenn nicht die FDP?

Als Unternehmer bin ich bereit, diesen Schritt zu wagen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Reform ein Ziel erreichen, das besonders Frauen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugutekommt. Diese Reform ist nicht nur eine Investition in die Zukunft unserer Mitarbeitenden, sondern

«Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen.»

auch in die Stabilität unseres Rentensystems. Und dieses gilt es zu schützen: Die Abstimmungen vom 3. März 2024 sollten uns zu denken geben. Wir müssen die Akzeptanz gegenüber dem Dreisäulensystem stärken. Denn die linken Parteien und Gewerkschaften warten mit ihren Ideen zum AHV-Ausbau und der Schwächung der 2. und 3. Säule in ihren Startlöchern. Wer, wenn nicht die FDP, sorgt sonst dafür, dass die eigens angesparte Altersvorsorge auch die eigene bleibt?

Verantwortung für die Stabilität des Rentensystems übernehmen

Die Dringlichkeit ist offensichtlich. Je länger wir zögern, desto gravierender werden die Probleme unserer Altersvorsorge. Die BVG-Reform bietet eine realistische und umsetzbare Lösung für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Gerne betone ich nochmals, dass die BVG-Reform ein Kompromiss ist. Doch wer meint, dass wir die gleichen Ziele mit einem Nein zur Reform erreichen, der irrt sich. Es ist enttäuschend, dass gerade linke Kräfte das Referendum ergriffen haben. Anstatt sich für eine sinnvolle und gerechte Lösung einzusetzen, verfallen sie in alten Klassenkampf-Rhetoriken und verhindern so den Fortschritt.

Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen. Als Unternehmer bin ich mir sicher: Die BVG-Reform ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Yannick Berner,
CEO URMA AG und Aargauer FDP-Grossrat

Bild: kaisin.



BVG-Reform aus Gastro-Sicht

Kaisin.-Mitbegründer Andri Silberschmidt im Interview

Inmitten der laufenden Debatten zur BVG-Reform werfen wir einen Blick auf die Perspektive eines engagierten Unternehmers. Andri Silberschmidt, Mitbegründer und Verwaltungsratspräsident der Kaisin. und Nationalrat für den Kanton Zürich, gibt uns Einblicke, wie die Reform seiner Meinung nach die berufliche Vorsorge verbessern könnte.

Welche Auswirkungen hat ein Ja zur BVG-Reform auf Kaisin.?

Die Mitarbeitende sowie die Kaisin. als Arbeitgeberin würden mehr Beiträge in die berufliche Vorsorge einzahlen und deshalb eine höhere Rente im Pensionsalter haben.

Warum sagst du als Gastro-Unternehmer Ja zur BVG-Reform?

Die berufliche Vorsorge muss mit der Zeit gehen und Menschen mit einem tiefen Einkommen eine

bessere Absicherung ermöglichen. Die Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle stellen genau dies sicher. Dank der Senkung der Beiträge der über 55-Jährigen sinken ihre Lohnnebenkosten, was im Sinne der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu begrüssen ist.

GastroSuisse spricht sich gegen die BVG-Reform aus. Sie begründete ihre Position mit den anfallenden Mehrkosten. Was entgegnest du als Betroffener deinem Verband?

Wenn man einen reinen Kostenblick hat, müsste man das BVG abschaffen, denn dann hätte man gar keine Kosten. Das würde aber zu Altersarmut führen, denn die Armutsstatistik zeigt klar: Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass die berufliche Vorsorge gestärkt wird – das gibt es nicht gratis zu haben.

Was sind deiner Meinung nach die grössten Herausforderungen oder Bedenken bei der Umsetzung der Reform in der Praxis?

Die Formulierung der Rentenzuschläge für die Übergangsgeneration (alle über 50) ist nicht nach

«Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen.»

unserem Gusto. Es profitieren auch Menschen von einem Rentenzuschlag, welche gar keine Renteneinbussen aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes haben. Das ist unschön und ich verstehe, dass das vor allem in Kreisen von Expertinnen und Experten kritisiert wird. Deshalb aber die ganze Reform abzulehnen, wird die Reformfähigkeit der beruflichen Vorsorge negativ beeinträchtigen.

Wie könnten die geplanten Anpassungen dazu beitragen, das Vertrauen in die berufliche Vorsorge zu stärken?

Dank der Reform erhalten über hunderttausend Personen Zugang in die berufliche Vorsorge. Nicht nur sie zahlen neu Beiträge, sie profitieren auch von den Beiträgen ihrer Arbeitgeber sowie der Verzinsung, welche über das ganze Erwerbsleben einen Drittel mehr Rente ermöglicht. Das ist ein grosser Fortschritt und ermöglicht vielen Menschen, die nicht ihr Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, eine massive Verbesserung ihrer Rente (bis zu dreimal mehr Rente aus der beruflichen Vorsorge!).

Die Umfragen deuten auf ein Nein hin. Was wären die Folgen einer Ablehnung der BVG-Reform?

Wir wären wieder auf Feld 0 und die Linke würde ihrem Ziel zur Schwächung der beruflichen Vorsorge einen Schritt näher sein.

Mehr zu Kaisin. auf: <https://kaisin.ch/>



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».



Nationalrat Andri Silberschmidt.

KI-generiertes FDP-Kampagnenbild zur BVG-Reform.



Warum Frauen profitieren

Zwei Anschauungsbeispiele

Die berufliche Vorsorge muss dringend reformiert werden: Zum einen stehen die Renten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und tieferen Anlagerenditen unter Druck. Zum andern können sich viele Erwerbstätige – darunter überwiegend Frauen – kein Alterskapital in der 2. Säule ansparen, da sie Teilzeit arbeiten. Am 22. September 2024 stimmt die Schweizer Bevölkerung über einen Reformvorschlag ab, mit dem die Berufsvorsorge zukunfts- und frauentauglicher werden soll.

Luisa und Martina (beide 30-jährig) arbeiten im Inselspital Bern. Luisa ist Reinigungskraft und – da alleinerziehend – in einem 60%-Pensum angestellt. Martina arbeitet in der Pflege, hat keine Kinder und arbeitet 100%.

Wie würde sich die BVG-Reform auf die Renten der beiden Frauen auswirken? Stimmt es, wenn ein Komitee aus Gewerkschaften und Linksparteien behauptet, dass die Vorlage ein «Bschiss» sei, weil Erwerbstätige mehr bezahlen müssten und zum Schluss gar weniger Rente erhielten? Lassen Sie mich Luisa und Martina für die Abstimmung am 22. September 2024 beraten:

Ausgangslage: Unser Vorsorgesystem

Die Schweizer Vorsorge basiert auf drei Säulen: Die 1. Säule (AHV/IV) dient der Existenzsicherung und die 2. Säule soll den gewohnten Lebens-

standard auch im Alter oder bei Invalidität erhalten. Mit der 3. Säule kann durch individuelles Sparen die Altersrente verbessert werden.

Die 1. Säule funktioniert durch ein Umlageverfahren: Die aktuell erwerbstätige Bevölkerung finanziert durch Lohnbeiträge bereits berentete Personen.

Die 2. Säule funktioniert im Kapitaldeckungsverfahren: Erwerbstätige und ihre Arbeitgeber zahlen Beiträge an die berufliche Vorsorge. Das so angesparte Kapital wird über Jahrzehnte verzinst. Leistungen der beruflichen Vorsorge erfolgen entweder, indem das angesparte Kapital nach der Pensionierung/bei Invalidität in Form einer Rente ausbezahlt wird. Alternativ ist bei der Pensionierung (und teilweise bei Invalidität) auch ein einmaliger Bezug der Vorsorge in Kapitalform möglich. Verstirbt eine Person vor Erreichen des

Pensionsalters, kann ihr Vorsorgeguthaben («Todesfallkapital») teilweise von Angehörigen bezogen werden.

Berechnung der Rente aus der Berufsvorsorge

Die Rente aus der 2. Säule wird durch Multiplikation des angesparten Kapitals mit dem Umwandlungssatz berechnet. Für einen versicherten Lohn zwischen 22 050 und 88 200 Franken (sogenanntes «BVG-Obligatorium») gilt derzeit ein Mindestumwandlungssatz von 6,8%. Die meisten Pensionskassen versichern Löhne über das Obligatorium hinaus. Für Löhne, die dem Überobligatorium unterliegen, gilt kein Mindestumwandlungssatz.

Pensionskassen unter Druck

Wie auch die AHV ist die berufliche Vorsorge derzeit nicht auf die lange Lebensdauer ihrer Versicher-

ten ausgelegt. Es droht, dass – entgegen ihrer Idee – auch in der Säule 2 die gegenwärtig Erwerbstätigen zur Rente der bereits Berenteten beitragen und so ihr eigenes Sparkapital tangiert wird. Zudem haben die Pensionskassen unter anderem wegen des seit langem tiefen Zinsumfelds Mühe, ausreichende Erträge an den Finanzmärkten zu erzielen, um das Sparkapital ihrer Versicherten zu erhöhen.

BVG-Lösung 1. Teil:

Um der Gefahr eines ungerechten und gesetzeswidrigen Verzehr von Sparguthaben über Generationen hinaus zu begegnen, sollen folgende Massnahmen getroffen werden:

- Der Umwandlungssatz in der obligatorischen Versicherung wird auf 6% gesenkt.
- Im Gegenzug werden die Beitragssätze angepasst: Die jüngeren Erwerbstätigen und ihre Arbeitgeber leisten neu bis zum Alter von 34 höhere Lohnbeiträge als heute (9% bis zum Alter von 45). Für die älteren Erwerbstätigen gelten neu tiefere Beitragssätze (14% bis zum Alter von 65). Dass Arbeitgeber für ältere Arbeitnehmer tiefere Arbeitgeberbeiträge zahlen müssen, hat zudem den Vorteil, dass ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr länger benachteiligt werden.
- Für eine Übergangsgeneration, die nicht ausreichend Zeit hat, wegen der tieferen Beitragssätze ihr Sparguthaben gleichbleibend wie heute zu erhöhen, wird es einen Rentenzuschlag geben.

Wichtig: Die Renten von bereits Pensionierten sind von der Reform nicht betroffen.

BVG-Lösung 2. Teil oder Warum die Vorlage vor allem für Frauen wichtig ist!

Derzeit ist nur in der 2. Säule obligatorisch versichert, wer einen Jahreslohn von mindestens 22 050 Franken verdient («Eintrittsschwelle»). Für die Anhäufung von Sparkapital wird vom versicherten Lohn ein sogenannter Koordinationsabzug in Höhe von 7/8 der maximalen AHV-Jahresrente (derzeit 25 725 Franken) abgezogen.

Wer also wenig verdient, kann keine vernünftige berufliche Vorsorge aufbauen. Das betrifft vor allem Teilzeiterwerbstätige. Noch immer arbeiten vor allem Frauen Teilzeit, vorwiegend deshalb, weil sie Betreuungsaufgaben nachgehen.

Mit der Reform der beruflichen Vorsorge wird deshalb einerseits die Eintrittsschwelle – wenn auch leider bloss marginal – auf 19 845 Franken gesenkt. Andererseits, und das ist bedeutend relevanter, beträgt der Koordinationsabzug nicht mehr eine fixe Zahl, sondern neu 20% des Jahreslohns.

Für Luisa und Martina hätte die Reform folgende Auswirkungen:

	Luisa (Reinigungskraft) alleinerziehend Pensum 60%	Martina (Pflege) keine Kinder Pensum 100%
Vor Reform		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug	-25 725	-25 725
Versichertes Gehalt	9 275	59 275
PK-Beitrag 7%	650	4 150
Sparkapital bei Pension unverzinst*	46 374	296 375
Altersrente (6,8%)	3 153	20 154
Nach Reform		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug (20%)	-7 000	-17 000
Versichertes Gehalt	28 000	68 000
PK-Beitrag 9%	2 520	6 120
Sparkapital unverzinst*	128 800	312 800
Altersrente (6%)	7 728	18 768

* Sehr vereinfachte Rechnung, Annahmen:

- Luisa und Martina haben 25-jährig angefangen zu arbeiten
- Allfällige Lohnerhöhungen sind nicht einberechnet
- Beitragssätze vor Reform: 7% bis Alter 35, 10% bis 45, 15% bis 55, 18% bis 65
- Beitragssätze nach Reform: 9% bis Alter 45, 14% bis 65

Abstimmungsempfehlung für Luisa und Martina

Luisa würde durch die Reform eine mehr als doppelt so hohe Rente erhalten und sollte Ja stimmen. Allerdings bleibt ein Problem: Wenn Luisa nebenher für eine Reinigungsfirma arbeitet und dort weniger als die Eintrittsschwelle von 19 845 Franken verdient, ist der Nebenerwerb auch nach der Reform nicht versichert. Mehrfachbeschäftigte können also weiterhin durch die Maschen für das Ansparen einer vernünftigen Altersvorsorge fallen.

Martina erhält auf den ersten Blick trotz höherer Lohnabzüge eine tiefere Rente als vor der Reform. Das Sparkapital im obigen Beispiel ist aber unverzinst gerechnet: Da Martina und das Inselspital früher höhere Sparbeiträge leisten, werden diese auch länger verzinst. Damit wird Martina dank der Reform also mindestens eine gleich hohe Rente erhalten wie heute. Auch Martina kann der Reform also zustimmen.

Abstimmungsempfehlung für alle

Eine Studie zeigt, dass rund 80% der Versicherten dank der Reform mehr Rente erhalten werden, 20% etwas weniger. Vor allem Personen mit tiefen Einkommen profitieren. Kürzungen bei Personen mit hohen Einkommen können durch das Überobligatorium abgedeckt werden.

Dank der Reform hätten demnach mehr Erwerbstätige, insbesondere Frauen und Geringverdienende, eine berufliche Vorsorge. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da eine ausreichende Vorsorge die Abhängigkeit von staatlichen (über die Steuern finanzierte!) Ergänzungsleistungen verringert.

Es ist bezeichnend, dass sich Kreise, die sich angeblich sozialer Politik verschrieben haben, gegen die Reform stellen. Verantwortungsbewusste erkennen die Notwendigkeit der Anpassung unserer Vorsorge und stimmen am 22. September 2024 Ja zur sinnvollen BVG-Reform.



Florence Pärli,
Juristin im Steuerrecht, Stadträtin und
Fraktionspräsidentin FDP/jf Stadt Bern,
Kandidatin Gemeinderat Stadt Bern

Ja zur BVG-Reform am 22. September

Statements von FDP-Persönlichkeiten



**Anna Staub, Vorstandsmitglied
Jungfreisinnige Schweiz**

«Momentan sind Personen mit mehreren Teilzeitjobs unzureichend in der beruflichen Vorsorge versichert. Heute gelten die Eintrittsschwelle und der Koordinationsabzug für jede Anstellung separat. Hier ist die BVG-Reform entscheidend: Mehrere Löhne werden summiert, was zu einer besseren beruflichen Vorsorge führt. Der versicherte Lohn steigt und die Rente wird deutlich höher ausfallen.»



Eva Biland, FDP Basel-Stadt

«Das heutige Berufsversorgungsgesetz stammt aus der Zeit der Einverdienerhaushalte und ist nicht mehr zeitgemäss. Es entspricht nicht mehr der heutigen Arbeitsrealität, da rund ein Drittel der Arbeitnehmenden in Teilzeitarbeit beschäftigt ist. Mit der BVG-Reform werden Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Einkommen besser versichert und erhalten endlich auch eine Rente. Ich sage deshalb JA am 22. September zur BVG-Reform.»



Florence Pärli, Stadträtin Bern

«Momentan sind Personen mit geringem Einkommen und ältere Arbeitnehmende im BVG benachteiligt. Dank der Reform werden Personen mit geringem Einkommen auch Zugang zur 2. Säule haben beziehungsweise besser versichert sein, da der Koordinationsabzug flexibilisiert wird und anstatt eines Fixbetrages neu 20% des Lohns beträgt. Ältere Personen haben dank der Reform bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da ihre BVG-Beiträge und damit die Kosten für die Arbeitgeber gesenkt werden.»

BVG-Revision in Kürze:

In der beruflichen Vorsorge kann man sich beim Bezug entweder für den Kapitalbezug oder für eine lebenslängliche Rente entscheiden. Bei der lebenslänglichen Rente bestimmt der Umwandlungssatz, wie viel Rente jährlich ausgezahlt wird. Da die Lebenserwartung in der letzten Zeit gestiegen ist, werden die Renten teilweise querfinanziert von den Erwerbstätigen. Deshalb muss der Umwand-

lungssatz gesenkt werden. Von der Senkung sind 85 Prozent der Angestellten nicht betroffen. Nicht betroffen sind Personen, die überobligatorisch versichert sind, und Personen, die sich für den Kapitalbezug entscheiden.

Für die Übergangsgeneration gibt es zudem grosszügige Rentenzuschläge. Die Eintrittsschwelle zur beruflichen Vorsorge wird zudem gesenkt, das

heisst, mehr Personen mit tiefen Einkommen werden versichert sein. Auch Personen mit mehreren Teilzeitjobs sind nun besser versichert, da ihre Löhne addiert werden. Der Koordinationsabzug wird flexibilisiert, was dazu führt, dass insbesondere mehr Personen mit geringem Einkommen einen höheren Anteil ihres Lohnes sparen. Dadurch steigen ihre Renten.

Bild: Adobe Stock, Oleg Elkov



Der Souverän sind wir

Gemeinsam gegen Überregulierung und Überwachung

Kürzlich ging es im Parlament um die Frage, warum Unternehmerinnen und Unternehmer zwar in die Arbeitslosenversicherung einzahlen – aber faktisch keine Chance haben, im Notfall Versicherungsleistungen zu beziehen.

In ihrer Stellungnahme vermittelten Bundesrat und Beamtenschaft – vielleicht ungewollt –, das Bild, das sie von Unternehmerinnen und Unternehmern haben: Bei diesen seien Anreize für eine «zweckfremde (Über-)Inanspruchnahme ausgeprägt». Es bestehe ein «inhärentes Missbrauchsrisiko».

Unter Generalverdacht für Missbrauch. Ich dachte wirklich, ich lese nicht richtig.

Der Staat übergeht völlig die Tatsache, dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze in unserem Land zur Verfügung stellt. Notabene: Alle Arbeitsplätze ausserhalb der staatlichen. Und die staatlichen gibt es nur, weil die Firmen und ihre Mitarbeitenden die Steuern zahlen, die diese finanzieren.

Es sind gerade die vielen KMU, die vielen grossen und kleinen Familienunternehmen, die zusammen mit ihren Mitarbeitenden persönliche Verantwortun-

gung übernehmen – für die Firma, für die Gesellschaft.

Es ist bemerkenswert, dass die Haltung des Staates zu Unternehmerinnen und Unternehmern inhaltlich gar nicht so weit von der Juso entfernt ist, die von «steuerkriminellen Familien-Clans» fabuliert.

Vielleicht ist dies die Vorstellung, die beide von der Wirtschaft haben: Sie soll gefälligst zahlen, Löhne und Steuern und Investitionen ermöglichen. Und weil sie die Unternehmerinnen und Unternehmer unter Generalverdacht für Missbrauch stellen – darf der hehre Staat alles regulieren und überwachen.

Das ist sehr weit weg von einem freiheitlichen Verständnis einer wirtschaftenden Gesellschaft freier Menschen. Es zeugt aber von einem Bild, das immer mehr um sich greift: Der Staat als grosser Bruder, der alles denkt und lenkt.

Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.

«Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.»



Kris Vietze, Nationalrätin TG, Dipl. Wirtschaftsprüferin, Präsidentin IHK Thurgau

Biodiversität ohne Wirtschaftsschäden

Gezielter Schutz statt pauschaler Massnahmen

Die Biodiversitätsinitiative zielt darauf ab, die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe einzuschränken, um die Biodiversität zu stärken. Obwohl diese Ziele lobenswert sind, ist die Vorlage zu extrem und ihre Auswirkungen werden einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft haben.

Um die Biodiversität in der Schweiz zu schützen, müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, welche die Qualität anstatt der Quantität der Biodiversität stärken. Eine Begrenzung der Flächen-nutzung, wie von den Initianten gefordert, ist keine Garantie dafür, dass der Schutz der Biodiversität verstärkt wird. Zudem funktioniert der bisherige Schutz der Biodiversität in der Schweiz. Als Beispiel können wir den Luchs nehmen, der dank unserer Wiederansiedlungsbemühungen wieder in unseren Bergen heimisch geworden ist.

Dieses Beispiel zeigt, dass der Erhalt der Biodiversität durch gezielte und angepasste Massnahmen erreicht werden kann. Der Schutz der Biodiversität muss Hand in Hand mit unserer Wirtschaft gehen und nicht gegen sie.

Zusätzlich würde die Biodiversitätsinitiative viele Bereiche unserer Wirtschaft gefährden, darunter auch den Tourismus. Denn viele Tourismusorte, die sich in den Schutzgebieten befinden, könnten nicht mehr in die Verbesserung ihrer Anlagen investieren – das gilt beispiels-

weise für Skigebiete in den Bergen. Die Schweiz darf nicht zu einem Ballenberger Freilichtmuseum werden.

Wir müssen Tiere und Pflanzen schützen, nicht nur Äcker und Brachen – deshalb: Nein zur Biodiversitätsinitiative am 22. September!



Maxime Reynaud,
Verantwortlicher für die lateinischen Kantone

FDP
Die Liberalen

**Schützen wir Tiere und Pflanzen,
nicht Äcker und Brachen!**

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative

Dieses Bild wurde mit Hilfe von KI generiert.

KOLUMNE

Angriff auf den Schweizer Wohlstand

Die Enteignungsinitiative der Juso ist brandgefährlich! Der wirtschaftliche Erfolg unserer Schweiz baut auf kleineren wie auch grösseren, mittelständischen Familienunternehmen. Von mehreren Generationen aufgebaute Unternehmen halten die Schweizer Wirtschaft am Laufen, tragen massgeblich zur international tiefen Arbeitslosenquote bei und verhelfen dem Mittelstand dank guten Einkommen zu individuellem Wohlstand. Entscheidend für den Erfolg dieser Unternehmen ist, Gewinne in die Weiterentwicklung reinvestieren zu können; sei dies in Betriebsliegenschaften, Maschinen, Technologien, Innovationen oder Menschen. Geht es nach der Juso, soll dieser Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs schonungslos zerschlagen werden.

Mit der Einreichung ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fordert die Juso eine Erbschaftsteuer von 50 Prozent ab 50 Mio. Franken. Dieser Schwellenwert ist nicht nur bei grossen Unternehmen schnell erreicht; auch im mittelständischen Umfeld sind Bewertungen von Unternehmen und deren Ak-

tien über diesem Betrag keine Seltenheit. Ausnahmegestimmungen oder Erleichterungen sehen die Jungsozialisten keine vor. Im Gegenteil: Der Initiativtext sieht sogar eine Rückwirkungsklausel vor.

Bei einer Annahme der Initiative hätte der Bundesrat rückwirkend auf den Abstimmungstag Massnahmen zur «Verhinderung von Steuervermeidung» in Kraft zu setzen. Deshalb hat die Enteignungsinitiative schon heute und unabhängig des Ausgangs der Abstimmung eine gefährliche Vorwirkung. Potenziell Betroffene planen bereits jetzt ihren Wegzug und Zuzugswillige werden von der Wohnsitznahme in der Schweiz abgeschreckt. Selbstredend ist dies schädlich für unsere Volkswirtschaft, unsere Arbeitsplätze und letztlich für unseren individuellen Wohlstand. Gegen diesen Angriff müssen wir uns wehren!

Bumerang für den Mittelstand

Wenn man bedenkt, dass ein Prozent (!) der steuerpflichtigen Personen gut einen Viertel der Einkommenssteuern bezahlen, wird die Juso-Enteignungsinitiative zum Bumerang für Personen aus dem

Mittelstand. Sie werden die Schweiz nicht einfach verlassen können und müssen deshalb unter einer immer weiter steigenden Steuerlast leiden. Zudem erkennt die Juso, dass langfristig wiederkehrende Gewinn- und Vermögenssteuern ertragsreicher sind als eine einmalige Erbschaftsteuer.

Damit die Juso mit ihrem erneuten Angriff auf unseren Wohlstand wie bereits 2015 mit der Erbschaftsteuerinitiative (71 Prozent Nein) und 2021 mit der 99%-Initiative (65 Prozent Nein) hochkant scheitert, müssen wir jetzt aktiv werden.

Tragen Sie sich jetzt ins Komitee ein und engagieren Sie sich mit uns gegen die Enteignungsinitiative. Vielen Dank für Ihre Unterstützung! www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative



Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP Die Liberalen Schweiz

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine nationale Erbschaftsteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Leidtragende wären traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Um die hohen Steuerbeiträge zu begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden.

Die Juso zerstört mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft und überlässt den Schaden dem Mittelstand. Deshalb sagen wir: **NEIN** zur zerstörerischen Juso-Initiative!

Radikale Juso-Initiative zerstört Schweizer Familienunternehmen!



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir zwei Drittel der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy

